



Landesarbeitsgemeinschaft
Frauen und Aids in NRW
c/o Aidshilfe NRW e.V.
Lindenstr. 20 | 50674 Köln

November 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Landesarbeitsgemeinschaft Frauen und HIV/Aids in NRW, setzen uns dafür ein, dass Frauen mit HIV weder ausgegrenzt noch anderweitig diskriminiert werden und wir wirken darauf hin, dass Frauen optimal beraten und betreut werden. Wir folgen dabei dem Grundsatz, dass Aufklärung und Beratung vor repressiven Maßnahmen Vorrang haben sollten.

Wir setzen uns für eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung der Sexarbeit ein. In der Sexarbeit besteht die Möglichkeit, sich mit sexuell übertragbaren Krankheiten anzustecken. Die Praxis zeigt, dass eine effektive STI und HIV-Prävention nur dann funktioniert, wenn das Individuum in seinem Selbstwertgefühl gestärkt und ermutigt wird, eigenverantwortlich und selbstbewusst zu handeln. Wir halten es auf dieser Grundlage für sinnvoll, die Rechte von Menschen in der Sexarbeit zu stärken, damit diese ihre Arbeits- und Lebensbedingungen möglichst sicher und positiv gestalten können. Prostitution generell gleichzusetzen mit Gewalt oder gar Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung blendet aus, dass es Menschen gibt, die freiwillig in der Prostitution arbeiten. Gleichwohl können Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter Opfer von Gewalt und Menschenhandel sein. Es gibt Gesetze, die diese Straftaten ahnden.

Um gegen sexuelle Ausbeutung vorzugehen, bedarf es einer sehr genauen und differenzierten Betrachtung der Sexindustrie mit ihren vielen Facetten. Wir sind davon überzeugt, dass die Sicherheit der Frauen und Männer sich nicht durch die Abschaffung des ProstG erhöhen würde, sondern durch die Verhinderung der Kriminalisierung.

Unter Repressionen kann es keinen Schutz für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter geben, dass Abdrängen in gesetzliche Grauzonen fördert Kriminalität. Desgleichen wird das Risiko der im Sexgewerbe tätigen Menschen erhöht, Opfer von Gewalt und Menschenhandel zu werden. Ebenso erhöht sich die Gefahr, sich mit ansteckenden Krankheiten zu infizieren, weil die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter in die Illegalität abtauchen würden und so von den Beraterinnen nicht mehr oder nur sehr schlecht erreicht werden könnten.

Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter müssen die Chance haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, welches auch eine Sozial- und Krankenversicherung beinhaltet. Sexarbeit darf nicht länger stigmatisiert werden, sie benötigt Sicherheit und Anerkennung.

Vor allem aber sollten die mit in den Prozess der Veränderung eingebunden werden, die es auch betrifft: die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter selbst!

Daher unterstützen wir den Appell des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. (sexworker/phpBB2/petition.php). Prostitution muss unter rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Bedingungen ausgeübt werden können. Wir wollen die Rechte der Prostituierten stärken und fordern, dass Einstiegs-, Beratungs- und Ausstiegsangebote qualitativ und quantitativ ausgebaut werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Birgit Körbel und Christine Weißkopf,

Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen und HIV/Aids in NRW